

Die Beziehungen Chiles zu seinen Nachbarländern – ein Verhältnis zwischen Bewunderung und Mißgunst

Chile hat seit 1973 mit Beginn der Militärregierung einen kontinuierlichen Weg in die Weltwirtschaft beschritten, der von den demokratischen Regierungen seit 1990 fortgeführt und politisch erfolgreich umgesetzt wurde. Heute verfügt Chile über prosperierende wirtschaftliche und politische Beziehungen mit Europa, den USA und einigen Ländern Asiens. Der Außenzoll des Landes gegenüber Drittstaaten ist niedriger als der des Mercosur. Wenn alle abgeschlossenen Freihandelsverträge ihre volle Wirkung entfalten haben 1,2 Mrd. Konsumenten gleichen Zugang zu chilenischen Waren und Dienstleistungen wie die 15 Mio. Einwohner des Landes ¹. Dadurch konnte Chile seinen Binnmarkt um das 80fache vergrößern.

Das chilenische Entwicklungsmodell ist erfolgreich und bisher ist es keinem Land in der Region Lateinamerika gelungen, auch nur annähernd an diesen Entwicklungsstand anzuknüpfen. Chile verfügt insbesondere aber auch aufgrund seiner geografischen Lage über Vorteile, die den Handel mit Europa, Asien und den USA erleichtern.

Durch die demokratiepolitische Konsolidierung sowie den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ist Chile in der Region zu einem Beispiel geworden. Dies führt auch zu Mißgunst und Neid bei Chiles Nachbarn. Anfang des Jahres 2004 wurde gegenüber der damaligen chilenischen Außenministerin Soledad Alvear der Vorwurf laut, Chile orientiere sich zu stark in Richtung USA, Europa und Asien und zeige damit ein Desinteresse an der Region Lateinamerika. Im

¹ Vgl. Dr. Helmut Wittelsbürger, Die Außenwirtschaftspolitik Chiles in den neunziger Jahren, in: Auslandsinformationen 11/03, Konrad Adenauer Stiftung

letzten Jahr kam es zu verbalen konfliktiven politischen Auseinandersetzungen mit den Nachbarländern Argentinien, Bolivien und Peru.

Chile und Argentinien – durch Spannungen und Feindseligkeiten geprägte Vergangenheit

Chile nahm lange Zeit eine überwiegend isolierte Rolle innerhalb Südamerikas ein. Dies hat mit der Geographie des Landes zu tun, die mit der Wüste Atacama im Norden und der in großen Teilen äußerst verkehrsfeindlichen Andenkordilliere im Osten wirksame naturräumliche Grenzen aufrichtet. Deshalb war die Seeschifffahrt das wichtigste Verbindungsmittel nach außen. Durch die Schifffahrt gelang jedoch weniger die Verbindung Chiles zu seinen südamerikanischen Nachbarn, sondern zu den Metropolen des Nordens. Chile war in der Zeit vor der Militärregierung als Land mit republikanischer Tradition den Ländern Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru im Rahmen des Andenpaktes seit 1969 verbunden. Im Jahr 1973 schloss sich auch Venezuela diesem Pakt an. Durch die Entscheidung der Militärregierung trat Chile im Jahr 1976 aus der Andengemeinschaft aus.

Die Beziehungen zwischen Argentinien und Chile waren sehr lange von dem Urteil der Chilenen über die - tatsächlichen oder unterstellten - hegemonialen Absichten des großen Nachbarn geprägt. Ihren Höhepunkt erreichten die Spannungen im Dezember 1978 im Streit um die Ansprüche auf die Inseln Picton, Lenox und Nueva im Beagle-Kanal, die beinahe zu einem offenen Krieg eskalierten. Nur durch die Intervention des Papstgesandten Monsignore Antonio Samoré konnte der Griff zu den Waffen verhindert werden. Beide Länder schlossen im Jahre 1984 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag nach dem Vorbild der dt. – franz. Aussöhnung. Zwanzig Jahre später – im Dezember 1998 – haben Chile und Argentinien mit der Unterzeichnung des

neuen Abkommens über das Kontinentaleis alle ihre Grenzkonflikte zu den Akten gelegt. Dieser Vertrag wurde am 16. Dezember 1998 feierlich von beiden Außenministern Guido Di Tella für Argentinien und José Miguel Insulza für Chile unterschrieben und von den Präsidenten Carlos Saúl Menem und Eduardo Frei Ruiz-Tagle gegengezeichnet. Dieser Schritt kann als Meilenstein in der argentinisch-chilenischen Geschichte bezeichnet werden. Bei der Lösung der Grenzstreitigkeiten hat sich der argentinische Präsident Carlos Saúl Menem durch seine staatsmännische Sicht gegenüber Chile ausgezeichnet.

Die Auswirkungen der Argentinienkrise auf Chile

Die argentinische Wirtschaft durchlief in den Jahren von 1998 bis 2002 eine vierjährige Phase tiefer Rezession. Aufgrund politischer Instabilität, Vertrauensverlust der Märkte, Einfrieren der Bankkonten, partieller Zahlungseinstellung zur Bedienung der Auslandsschuld und Abwertung ging das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2002 um ca. elf Prozent zurück. Seit Ende 2002 hat eine kontinuierliche Erholung eingesetzt. Für die Jahre 2003 und 2004 ergaben sich beachtliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (um 8,0 Prozent), die jedoch u. a. auch durch den argentinischen Default begründet sind.

Seit Anfang 2004 sieht sich das Land mit einer neuen Problematik konfrontiert: Zögerliche Investitionen aufgrund der Abwertung und dadurch entstandenem Wertverfall der Tarife im Energiesektor führten zu einem schwerwiegenden Engpass in der Erdgasversorgung. Seit der Privatisierung des argentinischen Energiesektors wurde in den letzten Jahren kaum noch investiert. Grund dafür seien - den Energiekonzernen zufolge - die gestiegenen Produktionskosten, denen die per Gesetz eingefrorenen Tarife (die nach der Abwertung nur noch 30 % des Wertes in US-Dollar ausmachten) gegenüberstanden. Die

argentinischen Gasreserven, denen eine Nutzungsdauer von über 30 Jahren prognostiziert wurde, werden nach gegenwärtigen Schätzungen nur noch den Bedarf der nächsten zwölf Jahre decken. Allerdings wurden neue Vorkommen im Januar 05 entdeckt.

Entscheidend ist, dass die Energiekrise nicht nur Argentinien, sondern auch die Nachbarländer Chile und Uruguay trifft. Chile importiert circa 70 Prozent seines Energiebedarfes durch Erdgas aus Argentinien. Die erfolgten Importkürzungen, die bereits zu Stromausfällen und Tariferhöhungen von zwei bis drei Prozent in 2004 geführt haben, sorgen in Chile für große Verstimmung. Bereits im Mai letzten Jahres berichtete das argentinische Kontrollamt der Gaswirtschaft (Enargas), dass die Gasexporte an verschiedene Abnehmer um 25 Mio. cbm täglich verringert wurden. Hinzu kommen noch 8 Mio. cbm, um die der Export nach Chile gekürzt worden ist. Einschränkungen in dieser Größenordnung traten in Argentinien in zehn Jahren zum ersten Mal auf. Die Kürzungen dieser vertraglich zwischen den beiden Regierungen zugesicherten Erdgaslieferung an Chile belasten die Beziehungen erheblich.

Bolivien und Venezuela ziehen aus der argentinischen Krise Gewinn. Argentinien war mehrere Jahrzehnte lang Abnehmer geringer Gasmengen aus Bolivien. Die für den bolivianischen Export vorhandene Leitung wurde jedoch vor einigen Jahren stillgelegt, da die argentinischen Gasreserven scheinbar ausreichten, um sowohl den Binnenkonsum als auch den Export nach Chile, Brasilien und Uruguay abzudecken. Aufgrund der Krise musste die Gasleitung zwischen Argentinien und Bolivien wiederhergestellt werden. Gegenwärtig fließen täglich vier Millionen Kubikmeter Gas aus Bolivien nach Argentinien. Dadurch wurde das Erdgas zum politischen Zündstoff der Region: Bolivien und Chile entzweit eine über hundert Jahre alte Feindschaft, die jüngst im Streit um den souveränen Zugang Boliviens zum Meer neu entflammt ist, drohte Bolivien

mit einem Lieferstopp, sollte Argentinien das Erdgas nach Chile weiter exportieren. Die Akzeptanz dieser bolivianischen Bedingung durch Argentinien erhöhte die gereizte Atmosphäre zwischen Chile und seinem großen Nachbarn. Dennoch werden mit den bolivianischen Gasexporten nach Brasilien und Argentinien indirekt auch die Lieferungen Argentinien nach Chile und Uruguay ermöglicht, da der Binnenkonsum abgesichert ist. Für die Wintermonate '05 droht erneut ein Engpaß in der Gasversorgung.

Ernennung Ignacio Walkers zum Außenminister sorgte für Empörung

Im Mai 2004 veröffentlichten die chilenischen Tageszeitungen einen Artikel Ignacio Walkers mit dem Titel *Nuestros vecinos argentinos – Unsere argentinischen Nachbarn*, in dem Walker den Peronismus und Militarismus für den wirtschaftlichen Untergang Argentinien verantwortlich macht. Walker betont, dass Argentinien in der Zeit von 1860-1930 nach Großbritannien das am besten entwickelte Land weltweit war, und über einen sehr hohen Lebensstandard und einen gut entwickelten Mittelstand verfügte. Erst ab 1940 - mit dem Peronismus - seien die wirtschaftlichen und politischen Strukturkrisen entstanden. In seinem Artikel kritisierte Ignacio Walker den gegenwärtigen argentinischen Präsidenten Nestor Kirchner, indem er zunächst daran erinnert, dass Kirchner bei seiner Wahl nur 22 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Darüber hinaus greift Ignacio Walker das Thema der Erdgasknappheit in Argentinien auf und wirft Nestor Kirchner vor, dass er durch die Lieferkürzungen die zwischen Chile und Argentinien abgeschlossenen Verträge nicht einhielte. Der Artikel endet mit dem Satz: „Tiendo a pensar que el verdadero muro que se interpone entre Chile y Argentina no es la cordillera de Los Andes, sino el legado del peronismo y su lógica perversa” – *Ich möchte fast denken, dass die wirkliche Mauer zwischen Chile und Argentinien nicht die Andenkordilliere, sondern das Vermächtnis des Peronismus und seiner*

perversen Logik ist. Bei der Veröffentlichung des Artikels war Ignacio Walker als Direktor des Wirtschaftsforschungszentrums *Centro de Investigaciones Económicas para Latinoamérica* (CIEPLAN) tätig.

Mit der Ernennung Ignacio Walkers zum chilenischen Außenminister im Oktober 2004 rückte der Artikel wieder in das Bewusstsein der argentinischen Öffentlichkeit und wurde zum ersten Problem, dem sich der neue Außenminister stellen musste. Der chilenische Präsident Ricardo Lagos machte Argentinien gegenüber deutlich, dass dieser Artikel keine große Relevanz besäße, da er im Mai geschrieben wurde, als sich die Beziehungen der beiden Länder wegen der Erdgaskrise in einer komplizierten Phase befanden. Es lohne sich daher nicht, die gegenwärtigen exzellenten Beziehungen Chiles zur Regierung Kirchners durch Erinnerungen an diese Zeit zu belasten. Ignacio Walker bestätigte, dass er den argentinischen Präsidenten Kirchner mit offenen Armen in Chile erwarte. Der für November 2004 geplante Besuch Kirchners in Chile wurde jedoch von Argentinien zunächst auf ein unbestimmtes Datum verschoben.

Keine Auslieferung des argentinischen Ex-Präsidenten Carlos Menem

Der ehemalige argentinische Präsident Carlos Menem lebt seit Dezember 2003 mit seiner chilenischen Ehefrau und seinem Sohn in Santiago. In Argentinien laufen mehrere Verfahren gegen den Ex-Präsidenten, der im Jahr 2001 bereits sechs Monate wegen vermeintlich illegalem Waffenverkauf an Ecuador und Kroatien unter Hausarrest gestellt war. Carlos Menem hat vor einem Gericht in Santiago die erste Runde im Streit um seine Auslieferung nach Argentinien gewonnen. Der chilenische Richter lehnte den Auslieferungsantrag aus formalen Gründen ab. Die chilenische Justiz begründete die Ablehnung damit, dass Argentinien den Antrag nicht mit „illegaler Bereicherung“ begründet,

sondern lediglich mit dem Nichterscheinen von Carlos Menem trotz mehrmaliger Vorladung vor Gericht. Nach chilenischer Rechtsprechung ist das jedoch kein Auslieferungsgrund.

Menem soll in Argentinien Aussagen über ein Bankkonto in der Schweiz machen, auf dem 600 000 US Dollar deponiert sind. Das Konto, das auf den Namen von Menems Ex-Frau Zulema Yoma und Tochter Zulema lautet, wurde von Menem gegenüber den argentinischen Steuerbehörden mehrfach nicht angegeben. Menem behauptet, dass es sich bei dem Geld um eine Entschädigung handele, die er für seine Inhaftierung während der Militärzeit erhalten habe. Der argentinische Ex-Präsident wehrt sich gegen die Auslieferung, weil er fürchtet, dass ihm in seinem Heimatland kein fairer Prozess gemacht wird. Gegen Carlos Menem läuft noch ein zweiter Antrag auf Auslieferung, bei dem es um mutmaßlichen Betrugs beim Bau von zwei Gefängnissen während seiner Amtszeit von 1989-1999 geht.

Die Ablehnung des Auslieferungsantrages durch die chilenische Justiz wurde von einigen Medien auch in Zusammenhang mit den Kürzungen der vertraglich zugesicherten Erdgaslieferungen von Argentinien nach Chile und der daraus resultierenden äußerst gespannten Situation zwischen den beiden Nachbarländern gebracht.

Anfang Dezember 04 ist in Argentinien der chilenische Ex-Terrorist Apablaza verhaftet worden. Sergio Galvarino Apablaza ist der frühere Chef der inzwischen aufgelösten chilenischen Terrorgruppe Frente Patriótico Manuel Rodríguez (FPMR). Die linksextreme FPMR bekämpfte das Regime von Augusto Pinochet mit Anschlägen und Entführungen. Neben weiteren Straftaten wirft die chilenische Justiz Apablaza die Ermordung des Pinochet nahe

gestandenen Senators Jaime Guzmán, Mitbegründer der rechtskonservativen Oppositionspartei UDI, im Jahre 1991 vor.

Der heute 54-Jährige Apablaza wurde mit einem internationalen Haftbefehl aus Chile in einem Haus in Buenos Aires durch argentinische Sicherheitskräfte festgenommen. In Chile wird besonders seitens der UDI zu Recht Wert darauf gelegt, dass auch die Verbrechen der militanten Linken angeklagt und verfolgt werden. Chile hat einen Auslieferungsantrag an Argentinien gestellt. Dies könnte zu einer erneuten Probe der argentinisch-chilenischen Beziehungen werden, denn die Ablehnung des Auslieferungsantrages gegen Menem ist in Argentinien noch nicht vergessen.

Hohe Intensität und Qualität der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit

Die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Argentinien und Chile haben eine noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehaltene Intensität und Qualität erreicht. Zeichen dafür sind die vertrauensbildenden Maßnahmen sowie der Wille, diese Beziehungen zu institutionalisieren. Einmal jährlich kommt es zu einem Treffen der Außen- und Verteidigungsminister. Seit 1995 existiert das Ständige Sicherheitskomitee COMPERSEG (Comité Permanente de Seguridad), bei dem es sich um ein auf Staatssekretärebene angesiedeltes Gremium handelt, das die Zusammenarbeit der beiden Nachbarländer vertiefen soll.

Die verstärkte Kooperation bezieht sich vor allem auf die Durchführung gemeinsamer Manöver, dem akademischen Austausch zwischen den Militärschulen, gemeinsame Einsätze bei möglichen Naturkatastrophen und beim Umweltschutz, auf Formen wissenschaftlicher und technischer Kooperation, z. B. bei der Konstruktion von Fregatten, bei der Reparatur

argentinischen Schiffsmaterials in chilenischen Werften, beim Austausch von Informationen über öffentliches Auftragswesen sowie auf Zusammenarbeit in der Antarktis.

Wenngleich diese Kooperation als äußerst positiv zu bewerten ist, liegt doch eine Asymmetrie der nationalen Interessen vor. Während die Zusammenarbeit auf argentinischer Seite eher ökonomisch begründet ist, begrüßt Chile die Kooperation mit politischen Argumenten. Darüber hinaus liegt ein erheblicher Unterschied in der Organisation der zivilen Kontrolle über die Streitkräfte in beiden Ländern vor.

Zur Bekräftigung der Zusammenarbeit in Fragen der Verteidigungspolitik trafen sich am 25. Oktober 2004 der argentinische Verteidigungsminister José Pampuro und der chilenische Präsident Ricardo Lagos, um die integrativen Ansätze zwischen beiden Länder weiter voran zu bringen. Pampuro zeigte sich mit dem Treffen äußerst zufrieden und kommentierte, dass beide Staaten begännen, in dieselbe Richtung zu arbeiten. Darüber hinaus wies Pampuro, der eine sehr gute Beziehung zu der früheren chilenischen Verteidigungsministerin Michelle Bachelet hatte, auf die große Bedeutung einer Kontinuität in der Zusammenarbeit trotz des Wechsels an der Spitze des Ministeriums hin. Der bedeutsamste Tagesordnungspunkt bei diesem Spitzengespräch war die gemeinsame Teilnahme argentinischer und chilenischer „Blauhelme“ an der internationalen UNO-Mission in Haiti. Außerdem ging es um den Ausbau der gemeinsamen Manöver sowie dem möglichen gemeinsamen Bau von Hochseepatroulliebooten. Bei den Booten, die in den Werften des jeweiligen Landes konstruiert werden sollen, handelt es sich um ein einheitliches Modell. Neben einer Reduzierung der Kosten ermöglicht dies auch eine militärisch-technische Zusammenarbeit.

Kooperation beim kleinen Grenzverkehr

In der Zusammenarbeit zwischen Argentinien und Chile nimmt die binationale Kommission für Kooperation und Integration (Comisión binacional de Cooperación e Integración física), die im Rahmen des Freundschafts- und Friedensvertrages eingerichtet wurde, eine wichtige Stellung ein. In dieser Kommission arbeiten verschiedene Gruppen an spezifischen Themen. Eine der Arbeitsgruppen sind die Grenzkomitees (Comités de Fronteras), in denen erste Schritte zur Verwirklichung einer einheitlichen Grenzkontrolle unternommen wurden. Bei den jährlichen Versammlungen haben sich in den unterschiedlichen Regionen neue Gebiete der Zusammenarbeit erschlossen (Möglichkeiten zur Behandlung von Argentinern in chilenischen und Chilenen in argentinischen Krankenhäusern der Grenzregionen, Erleichterung beim Grenzübertritt von Touristen sowie gemeinsame Infrastrukturvorhaben). Besonders für die Region Patagonien wäre ein erleichterter Grenzverkehr von großer Bedeutung. Die Grenzkomitees, in denen auch Vertreter der Zivilgesellschaft mitarbeiten, können keine Entscheidungen fällen, geben jedoch ihre Vorschläge an die Kommission für Kooperation und Integration weiter. Im Rahmen dieser institutionellen Kooperation kommt es zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen Zollämtern, Einwanderungsbehörden und der Polizei beider Länder.

Mit dem Vertrag über die Integration im Bergbau (Tratado sobre Integración y Complementación Minera) wurde 1997 ein allgemeiner gesetzlicher Rahmen für die Vereinfachung des Grenzverkehrs von Personen, Fahrzeugen und Maschinerie geschaffen. So konnte für die mit der Minenarbeit in Verbindung stehenden Grenzüberschreitungen ein System eingerichtet werden, das sich von den herkömmlichen Kontrollen unterscheidet.

Ein weiterer Bereich der Kooperation ist der Umweltschutz. Ziel ist, eine Norm für den Umgang gemeinsamer chilenischer und argentinischer Wasserressourcen zu finden. Auf diesem Sektor arbeiten Expertengruppen an der Umsetzung der im Vertrag vereinbarten Arbeiten an grenzüberfließenden Gewässern (Flüsse und Seen).

Chile und Bolivien – der Friedensvertrag von 1904 sorgt nach 100 Jahren für das Aufflammen alter Konflikte

Der Präsident Boliviens, Carlos Mesa, hat am 20. Oktober 2004 in seiner Rede aus Anlass des 100. Jahrestages des Friedensvertrages zwischen beiden Ländern, Chile dazu aufgefordert, Bolivien einen souveränen Zugang zum Pazifik zu ermöglichen. Der Friedensvertrag besiegelte die Gebietsverluste, die Bolivien im Salpeterkrieg (1879-1884) erlitten hatte und die das Land vom Pazifik abschnitten.

Nach der Entdeckung der Bedeutung Salpeters zur Herstellung von Naturdünger und Sprengstoff begann zwischen den Anrainerstaaten der Atacamawüste Bolivien, Chile und Peru ein Wettlauf um die Förderung dieses reichhaltig dort vorhandenen Rohstoffes. Chilenische Unternehmen sicherten sich die Abbaurechte. In den Jahren 1866 und 1874 schlossen beide Länder Verträge, die die chilenisch-bolivianischen Grenze am 24. Breitengrad festlegten. Damit ließ sich Bolivien auch die Gebietshoheit vertraglich zusichern. Bolivien gewährte im Gegenzug dazu den chilenischen Firmen auf ihrem Territorium eine 25-jährige Steuerfreiheit. Im Jahr 1878 brach jedoch der bolivianische Präsident Hilarión Daza den Vertrag, indem er Steuern erhob. Aus diesem Grund schickte die chilenische Regierung im März 1879 Truppen in die bolivianische Hafenstadt Antofagasta. Im April 1879 entbrannte der Salpeterkrieg endgültig als Peru sich auf die Seite Boliviens stellte und Chile

den Krieg erklärte. In den folgenden Jahren kamen mehr als 14.000 Menschen ums Leben, davon waren nahezu 10.000 Peruaner.

Der Salpeterkrieg endete im Jahr 1884 und Chile konnte sich dank britischer Unterstützung als Sieger behaupten. Im April desselben Jahres kam zwischen Chile und Bolivien der Vertrag von Valparaíso zustande. In diesem Regelwerk wird Chile die bolivianische Küstenregion um Antofagasta zugeschrieben, was Bolivien neben dem Verlust einer Provinz auch den Zugang zum Pazifik kostete. Bolivien wurde damit nach Paraguay zum zweiten Land Südamerikas ohne souveränen Zugang zum Meer. Der endgültige Friedens- und Grenzvertrag wurde jedoch erst im Jahr 1904 unterzeichnet. Während Bolivien damit die Zugehörigkeit der Atacamaregion zu Chile bestätigte, gewährte Chile Bolivien den zollfreien Zugang zu den Häfen von Arica und Antofagasta sowie das Recht, eine Eisenbahnlinie zum Hafen in Chile zu errichten. Des Weiteren wurden Bolivien Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten eröffnet, um La Paz mit dem Ozean zu verbinden. Darüberhinaus gewährte Chile Bolivien den Zugang zur Hafeninfrastruktur und den mit dem Warenverkehr verbundenen Dienstleistungen sowie den freien Transit der Güter vom Hafen ihrer Wahl. Ebenfalls erhielt Bolivien die Erlaubnis in den chilenischen Häfen souverän seine Zollgeschäfte abzufertigen. Außerdem stehen auf dem Hafengelände Lagerhallen für Transitgüter zur kostenlosen bolivianischen Nutzung zur Verfügung. Diese Bedingungen übertreffen die Empfehlungen der „Convención sobre el Comercio de los Estados sin Litoral“ der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD).

Im letzten Jahrhundert errang Chile das weltweite Monopol für den Salpeterhandel und erlangte dadurch beachtlichen Reichtum. Die Entwicklung eines synthetischen Ersatzes für Salpeter durch einen deutschen Chemiker machte jedoch bald den Salpeterabbau überflüssig. Es wurde allerdings schnell

eine ertragreiche Alternative gefunden, denn die Atacamawüste birgt ebenfalls enorme Kupfervorkommen, die Chile zum weltweit größten Kupferproduzenten machten. Chile erhöhte seinen Wohlstand durch die Exportgeschäfte über den Hafen von Antofagasta, während Bolivien den Anschluss verlor. Heute noch führen einige Stimmen Boliviens wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Unterentwicklung allein auf das Abgeschnittensein vom Meer und den Verlust wichtiger natürlicher Ressourcen zurück.

Innenpolitische Hintergründe

Der bolivianischen Regierung wird häufig vorgeworfen, dass sie den Streit um einen souveränen Zugang zum Meer bewusst nutzt, um andere wichtige Probleme des Landes zu verschleiern. Bolivien befindet sich laut Ranking des UNDP Human Development Reports 2004 auf Platz 114. In demselben Ranking nimmt Chile derzeit Position 43 ein. Chile gehört damit zur Gruppe der Länder mit einem hohen Entwicklungsgrad. Weit über die Hälfte der bolivianischen Bevölkerung hat keinen ausreichenden Zugang zu Trinkwasser oder sanitären Anlagen und für nahezu 70 Prozent der Einwohner gilt, dass sie unter „unwürdigen Bedingungen“ leben. Darüber hinaus ist Bolivien geprägt von schwachen staatlichen Institutionen, steckengebliebenen Reformen sowie Korruption und Ineffizienz, die Privatisierungen zu Beutezügen der Eliten verkommen haben lassen.

Diese innenpolitischen Probleme werden sich nicht allein durch einen Zugang zum Meer lösen. Bolivien benötigt neben wirtschaftlichem Wachstum am dringendsten den zweiten Schub von Reformen, der den ökonomischen folgen müsste: Reformen im Sozialwesen, im Rechtsbereich, bei den Steuern, im Agrarsektor sowie größere Partizipation der mehrheitlich indigenen Bevölkerungsgruppen.

Auslösend für den Konflikt zwischen Chile und Bolivien war die Entscheidung des damaligen Präsidenten Sánchez de Lozada, Erdgas über eine Pipeline durch Chile hindurch an die USA zu exportieren. Diese Verkaufslösung hätte zwar zum Ausgleich des Haushaltsdefizits beigetragen, rief jedoch den Widerstand von sozialen Bewegungen und nationalistischen Wirtschaftsfachleuten hervor. Diese bevorzugten ein Projekt, bei dem die Weiterverarbeitung und Nutzung des Gases im eigenen Land geschehen sollte, da im Exportfall nur ein geringer Mehrwert auf Bolivien entfiel. In der Ablehnung des Gasexports über Chile in die USA hatten unterschiedliche soziale Gruppierungen eine einigende Parole gefunden.

Hinzutrat die fehlende Reaktion des ehemaligen Präsidenten Sánchez de Lozada, auf die Nöte und Bedürfnisse der überwiegend verarmten, ungebildeten und indianischen Bevölkerungsgruppen einzugehen. Der Präsident musste im Oktober 2003 nach wochenlangen Volksprotesten, die nahezu 60 Menschenleben forderten, zurücktreten. Während der letzten Amtsperiode von Sánchez de Lozada (August 02 – Oktober 03) zog eine größere Gruppe Abgeordneter mit indigener Abstammung ins Parlament ein. Boliviens Exekutive wurde mit einer sehr starken und radikalen Opposition konfrontiert, die von Evo Morales angeführt wird.

Der neue Präsident Carlos Mesa hat keine Partei und parlamentarische Mehrheit hinter sich. Er sieht sich ebenso wie sein Vorgänger den Gegnern Morales, Leiter des Movimiento al Socialismo (MAS), und Quispe, Leiter des Movimiento indigenista Pachakuti (MIP) gegenüber, die sich für eine Verstaatlichung der Erdgasindustrie einsetzen und vertreten, dass der Staat so mehr für die Umverteilung und soziale Gerechtigkeit tun könne. Aufgrund des niedrigen Bildungsniveaus großer Teile der bolivianischen Bevölkerung findet

diese Art von Populismus einen fruchtbaren Nährboden. Der Anspruch Boliviens auf einen souveränen Zugang zum Meer ist heute eine der wenigen, nationale Einigkeit erzeugenden politischen Forderungen. Eine Normalisierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beider Länder ohne eine einvernehmliche Lösung ist daher nicht denkbar.

Volksabstimmung über die Nutzung des Erdgases

Für das hochverschuldete Bolivien ist Erdgas als wichtigster Rohstoff des Landes von entscheidender Bedeutung. Bolivien verfügt über die zweitgrössten Erdgasreserven und über die grössten freien Reserven Südamerikas. Vor diesem Hintergrund machte Carlos Mesa bei seiner Antrittsrede deutlich, dass die neue Regierung die Erarbeitung eines Gesetzes zur Normierung der Ausbeutung der Gasressourcen, die Durchführung eines Referendums zu deren Verwendung und schließlich die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung als Teile ihres Regierungsauftrages begreift.

Die bolivianische Regierung betrachtet die Gasvorkommen des Landes als strategisches Mittel, um politischen Druck auf Chile auszuüben und so einen souveränen Meerzugang zu erreichen. Dieser Anspruch wird jedoch von der chilenischen Regierung bisher abgelehnt. Bolivien wiederum akzeptiert keine der von Chile offerierten maritimen Nutzungsrechte unterhalb der Schwelle der Souveränität.

Präsident Carlos Mesa machte die Volksabstimmung vom 18. Juli 2004 zu einer politischen Überlebensfrage. Ziel des Referendums war die Legitimation der Regierungspolitik und damit die Stabilisierung des politischen Systems. Der Regierung wurde allgemein der Vorwurf gemacht, dass die bolivianische

Bevölkerung mit ihrem niedrigen Bildungsstand aufgrund der Ambivalenz, der Unklarheit sowie der Komplexität der Fragen überfordert sei.

Das Ergebnis des Referendums ist entgegen aller Proteste und Boykottaufrufe repräsentativ: Die Wahlbeteiligung lag bei über 60 Prozent und war im Hochland mit 67 Prozent am höchsten. Die fünf Fragen wurden mit zwischen 45 und 92 Prozent der gültigen Stimmen mit „Ja“ beantwortet, so dass dem Regierungsvorschlag mehrheitlich zugestimmt wurde. Das Resultat des Referendums ist ein Sieg für die Regierung und gleichzeitig ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur anstehenden verfassungsgebenden Versammlung. Nun besteht für die bolivianische Regierung die Möglichkeit, die Bedingungen zu verändern, unter denen die Verträge mit den internationalen Ölmultis unterschrieben worden waren.

Das Referendum und die verfassungsgebende Versammlung sind ein ernsthafter Versuch der neuen Regierung, sich für den Fortbestand der Demokratie einzusetzen, denn diese Regierungsform ist nach Jahren ständiger sozialer Konflikte, steigender gewalttätiger Auseinandersetzungen und zunehmend radikaler sowie konsensfeindlicher Positionen in Frage gestellt.

Wiederaufnahme des bilateralen Dialoges

Bei dem lateinamerikanischen Gipfeltreffen, das Anfang November 2004 in Brasilien stattfand, kam es zu Gesprächen zwischen dem chilenischen Außenminister Ignacio Walker und dem bolivianischen Außenminister Juan Ignacio Siles, die von beiden Seiten als sehr konstruktiv beurteilt wurden. Walker bestätigte, dass die bestehenden Spannungen in Zukunft auf diplomatischem Wege geklärt werden sollen.

Das Thema eines souveränen Zugangs zum Meer wurde jedoch im Rahmen des Gipfeltreffens nicht geklärt und unter beidseitigem Einverständnis auf ein zukünftiges Außenministertreffen verschoben.

Einer der ersten Schritte für eine Zusammenarbeit wird ein Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit sein. Darüber hinaus wird es darum gehen, die bestehenden ungeklärten Probleme wie die Nutzung des Wassers vom Fluss Silala und die Frage des Hafens von Arica zu besprechen.

Chile entsendet neuen Konsul nach La Paz

Chile und Bolivien haben seit 1962 aufgrund des historischen Konfliktes keine vollen diplomatischen Beziehungen (mit Ausnahme der Jahre 1975-1978). Seitdem ist in beiden Ländern jeweils ein Generalkonsul vertreten, der die Funktion eines Botschafters hat.

Am 1. Dezember 2004 hat Francisco Pérez Walker sein Amt als neuer chilenischer Konsul in La Paz angetreten. Der bolivianische Konsul in Chile Victor Rico machte deutlich, dass Bolivien die Ernennung von Pérez Walker mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen hat. Rico betonte, dass Pérez Walker eine wichtige Rolle für das bilaterale Verhältnis der beiden Länder spielen werde. Der bolivianische Außenminister Juan Ignacio Siles zeigte sich ebenfalls zufrieden mit dieser Entsendung.

Francisco Pérez Walker tritt an die Stelle des ehemaligen chilenischen Konsuls Ruiz-Tagle, der am 28. September 2004 seines Amtes enthoben wurde, weil er gegenüber der bolivianischen Presse geäußert hatte, er persönlich sei der Meinung, dass Bolivien ein Recht auf einen souveränen Zugang zum Meer habe.

Kommunalwahlen 2004 in Bolivien

Am 5. Dezember 2004 fanden landesweit in Bolivien Kommunalwahlen statt, bei denen sich erstmalig neben Parteien auch Bürgerbewegungen und Kandidaten indigener Volksgruppen für die Ämter der Bürgermeister und Stadträte bewerben konnten. Die Ergebnisse der Wahlen zeigen, dass die Partei Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) am härtesten abgestraft worden ist. Der Partei werden die Ereignisse vom Oktober 2003 zur Last gelegt, so dass sie im Durchschnitt nur 5,6 Prozent der Stimmen erzielen konnte. Die Partei Movimiento al Socialismo (MAS), die im Vorfeld der Wahlen erklärt hatte, ihr Ziel sei es, die Mehrheit in der Hälfte der Gemeinderäte zu gewinnen, ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Dennoch weist dieses Ergebnis indirekt auf die anti-chilenische Stimmung in der bolivianischen Bevölkerung hin, denn Evo Morales, der Vorsitzende des Movimiento al Socialismo (MAS) hatte den Streit Boliviens mit Chile um einen souveränen Meereszugang sowie die Debatte um den Umgang mit den Erdgasvorräten zur populistischen Stimmungsmache gegen Chile im Wahlkampf genutzt. Das Favorisieren der MAS-Kandidaten seitens der bolivianischen Bevölkerung zeigt, dass der Links-Populismus Morales Früchte trägt.

Der Anti-Chilenismus hat auf kurze Sicht eine enorm starke und unvergleichlich politische Rentabilität in Bolivien. Die Vorurteile und die Verblendung breiter Kreise der bolivianischen Bevölkerung zu überwinden, ist nur eine der zu erfüllenden Bedingungen, um die Beziehungen zwischen beiden Nachbarn auf lange Sicht zu normalisieren.

Chile und Peru – Kontroverse um Seegrenzen sorgt für Spannungen

Die bilateralen Beziehungen zwischen Chile und Peru machten seit zwei Jahrzehnten erstaunliche Fortschritte. Seit Anfang August 2004 wird das Verhältnis der beiden Nachbarländer jedoch durch gegenseitige Vorwürfe bezüglich der Seegrenzen, durch Medienrummel sowie durch beiläufige militärische Drohungen belastet.

Nach Ende des Salpeterkrieges, in dem Peru als Verbündeter Boliviens gegen Chile stritt, unterzeichneten Chile und Peru im Jahr 1884 den Vertrag von Ancón. Mit diesem Vertrag wurde das chilenische Staatsgebiet um die Provinz Taracapá erweitert. Die Städte Tacna und Arica wurden von Peru allerdings nur unter der Bedingung abgetreten, dass dort nach zehn Jahren eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit abgehalten werde. Schließlich gelang es im Jahr 1928 trotz Unstimmigkeiten auf dem Verhandlungswege diese Frage zu klären: Tacna blieb peruanisch, Arica wurde chilenisch. Im Jahr 1952 wurde in trilateralen Verhandlungen zwischen Chile, Peru und Ecuador die Seegrenzen sowie die Meereshöhe auf 200 Seemeilen festgelegt. Im Jahr 1954 wurden die Fischereirechte nahe der Grenzen geregelt. Beide Abkommen fanden in den 60er Jahren Bestätigung. Während aus peruanischer Sicht eine unerledigte rechtliche Kontroverse über die Seegrenzen besteht, da es keine bilaterale vertragliche Regelung zwischen Chile und Peru gibt, bezieht sich Chile auf die Abkommen von 1952 und 1954 und betrachtet die Situation als eindeutig geklärt. Außerdem wirft Chiles Präsident Ricardo Lagos dem peruanischen Präsidenten Alejandro Toledo vor, er missbrauche die Außenpolitik um von den internen Problemen abzulenken.

Derzeit bereiten sich Chile und Peru darauf vor, den Streit über die Seegrenzen vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen. Die beiden Nachbarländer sind auf der Suche nach geeigneten Anwälten, die ihre

jeweiligen Interessen dort vertreten können. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Internationale Gerichtshof in Den Haag sich als nicht zuständig erklärt, ist allerdings hoch.

Streit um Nudelfabrik zieht weite Kreise

Seit Anfang des Jahres 2003 werden die bilateralen Beziehungen durch die Schließung einer mit chilenischem Kapital errichteten Nudelfabrik im Großraum von Lima belastet. Der Fall des Unternehmers Lucchetti blickt auf eine bereits achtjährige Geschichte zurück.

Im Jahr 1996 entschloss sich der chilenische Unternehmer eine Nudelfabrik in Peru auf einem Gebiet zu errichten, das unmittelbar an das Naturschutzgebiet *Pantanos de Villa* angrenzt. Neben einer Investition von 157 Millionen US-Dollar bedeutete der Bau der Fabrik gleichzeitig die Schaffung hunderter Arbeitsplätze und sicherte Lucchetti in Peru einen Marktanteil von 16,7 Prozent. Bereits zwei Jahre nach Beginn des Baus sorgte das Unternehmen für Schlagzeilen in den peruanischen Medien und sah sich mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Die chilenische Holdinggesellschaft Luksic, der das Unternehmen Lucchetti untersteht, führte eine Reihe von intensiven PR-Kampagnen durch, damit das Ansehen Lucchettis keinen Schaden nehme. Die Feindseligkeiten begannen als der damalige Bürgermeister von Lima, Alberto Andrade, verfügte, den Bau des Unternehmens zu stoppen. Er begründete seine Entscheidung, dass ein Naturschutzgebiet nicht die Voraussetzungen biete, um dort eine Fabrik zu errichten. Außerdem behauptete Andrade, bei dem Unternehmen handele es sich nicht, wie Lucchetti behauptete, um eine Leichtindustrie. Das Verhalten des Bürgermeisters wurde von der Gruppe Luksic als willkürlich bezeichnet, da das Unternehmen die nötige Erlaubnis erhalten hatte, die Fabrik in diesem Gebiet

zu errichten. Dies war im Jahr 1999 vom Bürgermeisteramt erneut bestätigt worden.

Im Jahr 2001 trat die Holdinggesellschaft Luksic schließlich mit der Bitte um diplomatische Unterstützung an die chilenische Regierung heran. Das chil. Außenministerium solle sich in Lima über die Situation des Unternehmens informieren. Die chilenische Regierung wartete jedoch zunächst auf den Ausgang der peruanischen Präsidentschaftswahlen im April 2001 und hoffte auf den moderaten Kandidaten Alejandro Toledo. Man erwartete von Seite Chiles, dass mit Toledo an der Spitze eine Wende der bilateralen Beziehungen im Fall Lucchetti erreicht werden könnte.

Die Erwartungen der chilenischen Regierung bezüglich des neuen Präsidenten Alejandro Toledo wurden jedoch nicht erfüllt. Obwohl Toledo noch im August 2001 auf dem Gipfeltreffen der Gruppe Rio in Santiago deutlich gemacht hatte, dass der Fall Lucchetti für ihn Priorität habe, bat er nun die Regierung Lagos, sich nicht in Problemen einzumischen, die ausschließlich private Unternehmen betreffen. Er machte damit deutlich, dass seine Regierung nicht in den Fall eingreife. Die Regierung Lagos hingegen verstärkte ihre diplomatischen Bemühungen zur Lösung des Konfliktes. Dabei stützt sie sich auf das mit Peru unterzeichnete Abkommen zur „Förderung und Schutz von bilateralen Investitionen“. Die peruanische Regierung argumentiert, dass dieses Abkommen erst nach dem Bau der Fabrik unterzeichnet worden sei und Lucchetti somit nicht unter dessen Schutz gestellt werden könne.

Im Januar 2003 verkündete der neu gewählte Bürgermeister von Lima, Luis Castañeda Lossio, die Nudelfabrik Lucchetti sei endgültig zu schließen. Unterstützung erhielt Castañeda dabei auch vom seinerzeitigen Präsidenten des peruanischen Kongresses, Carlos Ferrero Costa, der verkündete, der Fall Lucchetti sei abgeschlossen. Der abgetretene Bürgermeister Andrade

behauptet weiterhin, da Lucchetti die Erlaubnis zur Errichtung der Firma unter dem korrupten Regime Fujimoris erworben habe, handele es sich bei der Schließung nur um die Wiederherstellung der Legalität.

Die letzte Instanz in diesem Konflikt, der die bilateralen Beziehungen zwischen Chile und Peru stark belastet, ist das „Centro Internacional de Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones (CIADI)“ mit Sitz in Washington.

Innenpolitische Situation Perus belastet bilaterale Beziehungen

Die bilateralen Beziehungen werden derzeit auch von der wenig stabilen innenpolitischen Situation in Peru überschattet. Trotz makroökonomischer Erfolge leidet das Land unter politischen Turbulenzen und sozialen Unruhen. Durch gewaltsame Streiks, massive Korruptionsfälle, eine schwache Regierung und diskreditierte politische Parteien wird der Bestand des demokratischen Neuanfangs immer wieder in Frage gestellt.

Der derzeitige Präsident Alejandro Toledo und dessen Regierung kommen bei dem peruanischen Volk nicht an. Die Peruaner sind äußerst unzufrieden und Toledo kann laut Meinungsumfragen lediglich sieben Prozent der peruanischen Bevölkerung zur Unterstützung hinter sich vereinen. 77 Prozent der Einwohner Limas, die circa ein Drittel der Gesamtbevölkerung Perus darstellen, halten die Regierung für korrupt. Die jüngsten Vorfälle um Toledos ehemaligen engsten Berater, César Almeyda, der bereits vor Monaten aufgrund eines Korruptionsskandals zurückgetreten war, geben durchaus Anlass zu diesem Vertrauensverlust. Almeyda wird vorgeworfen im Zusammenhang mit der Übernahme des Brauereikonzerns Backus & Johnston durch die kolumbianische Bavaria, Bestechungsgeld in Höhe von zwei Millionen US-Dollar kassiert zu haben. Die Rolle Toledos bei diesem Korruptionsskandal wird

derzeit heftig diskutiert und ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt.

Die bei der peruanischen Bevölkerung beliebtesten Kandidaten sind die ehemaligen Präsidenten Valentín Paniagua, Alan García und Alberto Fujimori sowie die Vorsitzende der christdemokratischen Partei Lourdes Flores.

Für die Bevorzugung gescheiterter politischer Persönlichkeiten wie Fujimori und García gibt es unterschiedliche Gründe. Einen Erklärungsansatz bieten sicherlich die caudillistischen und unterwürfigen Elemente in der politischen Kultur Perus, die immer wieder messianischen Führungspersönlichkeiten sowie politischen Populisten Vorteile verschaffen. Eine weitere Erklärung bietet der schlechte Zustand des Bildungssystems und damit der niedrige Bildungsstand breiter peruanischer Bevölkerungskrise.

Die bestorganisierte Partei mit nahezu landesweiter Präsenz ist die sozialistische APRA. Diese hat jedoch bis auf den charismatischen Ex-Präsidenten Garcia wenig zu bieten und macht derzeit vor allem durch innerparteiliche Konflikte auf regionaler Basis auf sich aufmerksam.

Das bürgerliche Mitte-Rechts-Bündnis, die Alianza Electoral Unidad Nacional UN, ist ebenfalls durch interne Querelen geprägt, die zum Ausscheren eines Teils der Allianz führten. Die Coordinadora Nacional de Independientes (CNI) verließ die UN. Als Grund für die Spaltung wird die Vernachlässigung der CNI durch die Vorsitzende der UN und des Partido Popular Cristiano (PPC), Lourdes Flores, genannt. Während die CNI Lourdes Flores bereits im Jahre 2003 gedrängt hatte, die problematische Allianz-Konstruktion der UN zu beenden, da nur eine starke und gut organisierte Partei UN dem Wähler eine attraktive Alternative biete, setzte sich Flores, für die Stärkung der PPC ein

und trug damit unmittelbar zur Spaltung bei. Lourdes Flores verlor daraufhin deutlich an Popularität.

Die Regierungspartei Perú Posible (PP) zeichnet sich durch Skandale, Nepotismus und nicht gehaltene Wahlversprechen aus und hat damit drei Jahre nach der Machtübernahme jede Zustimmung beim Wahlvolk verspielt.

Bei einer der letzten großen vergleichenden Studien über die Bildungssituation in Lateinamerika belegte Peru den vorletzten Platz vor Haiti. Peruanische Kinder haben im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Schülern bedenklich wenig Unterricht. Im Jahr 2002 wurden im Durchschnitt nur 20 Wochen Unterricht erteilt. Dagegen erhalten chilenische, argentinische und kolumbianische Kinder 40 Wochen Unterricht pro Jahr. Formen politischer Bildung existieren nahezu nicht und die Medien konzentrieren sich auf die Berichterstattung über Skandale.

Eine Alternative zur vorherrschenden durch Beliebigkeit und Werteverlust bestimmten peruanischen Politik stellen insbesondere der ehemalige Übergangspräsident Valentín Paniagua und die Kandidatin der christdemokratischen Partei PPC Lourdes Flores dar. Ein Schulteranschluß zwischen Lourdes Flores und dem Mitte-Rechts Kandidaten, Valentín Paniagua, scheint jedoch zur Zeit noch nicht möglich. Eine solche Zusammenarbeit wäre aber Voraussetzung für eine mögliche Regierungsübernahme bürgerlicher politischer Kräfte.

Vorwürfe gegen chilenische Aufrüstung

Im März 2004 kam es zu Belastungen zwischen Chile und Peru, weil seitens Peru Vorwürfe gegen die chilenische Rüstungspolitik laut wurden. Der

peruanische Ministerratsvorsitzende Carlos Ferrero betonte, dass die chilenischen Waffenkäufe ein Missverhältnis zwischen Chile und Peru im technisch-militärischen Bereich erzeugt hätten. „Es fácil darse cuenta de que las adquisiciones militares de Chile son muy superiores al promedio de la región.“ Ferrero machte deutlich, dass der Umfang chilenischer Militärausgaben in Prozent des BIP deutlich über dem Durchschnitt der Region Lateinamerika liege.

Der ehemalige peruanische Außenminister und Abgeordneter der APRA, Gonzales Posada, schloss sich den Ausführungen Ferreros an. „Hay preocupación y alarma en América Latina por el armamento de tecnología de punta y alto poder destructivo que Chile ha comprado...“ - *In Lateinamerika herrschen Sorge und Alarmbereitschaft wegen der technisch höchstentwickelten und mit hohem Zerstörungspotenzial ausgestatteten Rüstungskäufe Chiles.*

Die Militärausgaben sind in Lateinamerika traditionell sehr ungleich verteilt: Mit Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien und Mexiko entfallen über 80 Prozent der Verteidigungsaufwendungen auf nur fünf Länder der 28 Staaten umfassenden Region.

Chile und Brasilien sind die beiden Länder, die seit dem Ende des Kalten Krieges massiv aufgerüstet haben. Außerdem führen sie die Liste der Länder mit den Großwaffeneinkäufen mit deutlichem Abstand an. Die Armeen Brasiliens und Chile haben in den letzten sechs Jahren zusammen mehr als 450 schwere Kampfpanzer sowie 350 Truppentransporter erworben. Chiles Panzerbestände sind heute komplett erneuert und die noch unter dem Kommando von General Pinochet entworfenen Modernisierungspläne *Alcázar*

und *Fortaleza* haben dazu beigetragen, dass Chile auch über die größte Panzerflotte auf dem Subkontinent verfügt.

Die Eigendynamik der chilenischen Rüstungskäufe liegt in der weitgehenden Finanzautonomie des Militärs begründet. Durch das Kupfergesetz wird den Militärs jährlich ein garantierter Mindestbetrag von 230 Millionen US Dollar zur Verfügung gestellt. Dieses Gesetz ist ein von der Militärregierung erschaffenes Sonderrecht, das in Chile konstitutionell verankert ist, wonach dem Militär 10 Prozent des Umsatzerlöses der staatlichen Kupfergesellschaft CODELCO jährlich zustehen. Gleichzeitig erklärt diese Sonderregelung jedoch auch den vergleichsweise hohen Anteil der chilenischen Verteidigungsausgaben am BIP. Im Jahre 2001 wurden in Chile 4,4 Prozent des BIP für Rüstungskäufe ausgegeben, während in Peru nur 1,7 Prozent des BIP für Verteidigungszwecke verwendet wurde.

In diesem Zusammenhang steht die Kritik Perus an der chilenischen Modernisierung der Waffensysteme. Die brasilianischen und chilenischen Militärs sind für Verteidigungszwecke im Falle eines bewaffneten Angriffs durch gut ausgerüstete Feinde vorbereitet. Sowohl nach Lesart der Brasilianer und Chilenen als auch der US-Amerikaner besteht ein solches Risiko im Cono Sur aber nicht mehr.

Alan García trifft Ricardo Lagos

Der Vorsitzende der sozialistischen Partei Perus *Partido Aprista APRA*, Alan García, traf sich Anfang Dezember 04 mit dem chilenischen Präsidenten Ricardo Lagos in dessen Regierungssitz La Moneda. Alan García, einer der Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen in Peru im Jahre 2006, machte deutlich, dass das Problem der Seegrenzen zwischen Chile und Peru seiner

Meinung nach nur ein „sehr kleines“ Thema für die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern sei. Er unterstütze die Position Toledos, überlasse aber die Entscheidungsfindung den Außenministern. García signalisierte, dass die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Chile und Peru eine Schlüsselrolle für die Entwicklung einnehmen – „las relaciones económicas y políticas entre los dos países son „una piedra clave“ para el desarrollo.“

Nach seinem Zusammentreffen mit Ricardo Lagos, kam Alan García noch mit dem seinerzeitigen Vorsitzenden der chilenischen Partei *Partido Socialista PS*, Gonzalo Martner, zusammen. Darüber hinaus posierte García demonstrativ vor der Statue des ehemaligen kommunistisch sozialistischen chilenischen Präsidenten Salvador Allende.

Graffitschmierereien sorgen für Empörung

Zwei chilenische Jugendliche, die sich als Touristen in Cuzco aufhielten, wurden von peruanischen Sicherheitskräften verhaftet. Sie hatten eine Wand aus Steinen, die als nationales indigenes Denkmal in Peru deklariert ist, mit Farbsprühdosen verunstaltet. Die beiden 19 und 21 Jahre alten Männer sitzen seitdem in peruanischen Gefängnissen. Die Justizverwaltung hat eine ungewöhnliche hohe Kautionshöhe für ihre Freilassung festgesetzt. Die chilenische Diplomatie bemüht sich um eine Rückführung der beiden Chilener in ihr Heimatland. Die Familien der beiden Graffiti-Sprüher können die festgelegte Kautionshöhe von ca. 25.000 US Dollar nicht aufbringen.

Die Medien in beiden Ländern berichten täglich seit Wochen über den Vorfall. Auch stehen die Ombudsmänner beider Staaten in Kontakt. Aus unterschiedlichen Beweggründen kochen die Volksseelen in beiden Ländern.

Integration in kleinen Schritten als Zukunftsvision

In den bilateralen Beziehungen Chiles zu seinen drei Nachbarländern nimmt das Verhältnis zu Argentinien eine besondere Stellung ein. Es ist das mit Abstand am weitesten fortgeschrittene Kooperationsmodell zwischen den drei Andenstaaten, das für die zukünftige Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu Bolivien und Peru als Beispiel dienen kann.

Bei einem Gipfeltreffen im Dezember 2004 haben sich zwölf lateinamerikanische Staaten zur Comunidad Sudamericana (Südamerikanischen Union) zusammengeschlossen, die nach dem Vorbild der Europäischen Union funktionieren soll. Eduardo Duhalde, Präsident der Kommission der Ständigen Repräsentanten des Mercado Común del Sur (Mercosur) und der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hatten sich besonders für die Proklamation einer Südamerikanischen Union eingesetzt. Die Präsidenten oder deren Vertreter unterzeichneten in der Stadt Cuzco/Peru feierlich eine entsprechende Gründungserklärung. Während der peruanische Präsident Alejandro Toledo bereits von einer zukünftigen gemeinsamen Währung und einem einheitlichen Pass sprach – „*más temprano que tarde tendremos una moneda única, un solo pasaporte...*“, machte der chilenische Präsident Ricardo Lagos deutlich, dass die lateinamerikanische Integration im kleinen beginnen müsse, bevor an eine eigene Währung zu denken sei. Verbundnetze im Energiebereich sowie die Zusammenarbeit im Grenzverkehr seien realisierbare Ziele. Der argentinische Präsident Nestor Kirchner war nicht zu dem Gipfel erschienen. Er hat eine Woche zuvor verkündet, er gehe nur zu Treffen, die wirklich wichtig seien.

Die *Comunidad Sudamericana* ist seit ca. vierzig Jahren im Gespräch, konnte jedoch bis heute nicht verwirklicht werden, da die südamerikanischen Länder

nicht bereit sind, nationale Souveränität an regionale zwischenstaatliche Institutionen abzugeben. Eine Integration in kleineren Räumen ist der einzige Weg für Lateinamerika. In diesem Zusammenhang ist die nachbarschaftliche Bereitschaft zur Vertiefung der Beziehungen ein Lernprozess für die Übertragung von Souveränitätsrechten an zwischenstaatliche Organisationen. Nur auf diesem Wege kann es gelingen, Vertrauen auf- und Vorurteile abzubauen.

Bei der Reform zur Erweiterung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, hat Chile den Wunsch Brasiliens nach einem ständigen Sitz als Stimme Lateinamerikas unterstützt. Gleichzeitig zeigt Chile damit, dass es den hegemonialen Anspruch Brasiliens in der Region mitträgt. Argentinien hingegen akzeptiert diesen Anspruch nicht. Die Unterstützung des brasilianischen Sitzes im Sicherheitsrat durch die USA wird an die Einstellung Brasiliens zur Área de Libre Comercio de las Américas (ALCA) geknüpft sein. Bisher stehen Brasilien und Argentinien gemeinsam der ALCA sehr skeptisch gegenüber.

Der chilenische Präsident Lagos hat den derzeitigen Innenminister José Miguel Insulza als Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs der Organización de los Estados Americanos (OEA) vorgeschlagen. Sollten die Staaten Lateinamerikas Insulza ihre Stimme geben, wäre dies eine Anerkennung der regionalen Verantwortung Chiles. Das Engagement Chiles in Haiti und die Zusammenarbeit chilenischer, brasilianischer und argentinischer Blauhelme ist ein weiteres Zeichen für den Wunsch Chiles, sich stärker in der Region zu integrieren.

Durch den Vorsitz Chiles bei dem APEC-Gipfel im Jahr 2004 hat das Land eine internationale Aufwertung erfahren. Chile präsentierte sich als ein verlässlicher Partner in der Region. Die Erfolge Chiles in Wirtschaft-, Sozial- und

Demokratiepolitik und seine globalisierungsfreundliche Außenpolitik wurden von den USA als Vorbild und Modell für andere Staaten der Region bezeichnet.

Das Manuskript wurde im Januar 2005 abgeschlossen.

Santiago de Chile im Februar 2005

Autoren:

Dr. Helmut Wittelsbürger

Stefanie Möller